

**ZUR ARMUT IN DER "DRITTEN WELT":
URSACHEN UND THERAPIE
(China bei der UN - Rohstoffkonferenz)**

Oskar Weggel

Die Rohstoffkonferenz der UNO, die vom 9. April bis 7. Mai 1974 dauerte, hat, was die Volksrepublik China anbelangt, drei wichtige Ergebnisse mit sich gebracht:

Erstens (I) hat sie erneut das Verhältnis Pekings zu den "Blockfreien" verdeutlicht,

zweitens (II) hatte China abermals Gelegenheit, die Ursachen für die Armut der Entwicklungsländer herauszuanalysieren und revolutionäre Therapien zu empfehlen, und

drittens (III) entwarf der chinesische Vertreter bei seiner Grundsatzrede ein Drei-Welten-Modell, das sich auf den ersten Blick von der alten Zwi-schenzonentheorie abzuheben scheint.

**Zu I: China und die "Blockfreien"
(Die Initiatoren der Rohstoffkonferenz)**

Die "blockfreien" Staaten der Welt, deren Bewegung noch vor wenigen Jahren eher zeremoniellen Anstrich als wirkliche politische Bedeutung zu haben schien, sind inzwischen zu einem Machtfaktor im internationalen System geworden. Zwei Umstände haben diese Entwicklung entscheidend beeinflußt, nämlich der Erfolg der rohstoffproduzierenden Länder (OPEC) im Zeichen der weltweiten "Energiekrise", zum anderen das zunehmende Engagement der neuen Weltmacht VR China für die Anliegen der Blockfreien.

Dieses Engagement war nicht immer vorhanden, sondern hat sich erst im Verlauf einer neuen chinesischen Außenpolitik seit Ende der Kulturrevolution eingestellt.

Dies wird deutlich, wenn man die Geschichte des Vereinigungsprozesses der Blockfreien aus der Vogelperspektive überblickt.

Die nicht paktgebundenen Staaten haben bisher vier Konferenzen abgehalten.

- 1. Konferenz: 1.-6. September 1961 in Belgrad (Teilnehmer: 25 Staaten)
- 2. Konferenz: 5.-10. Oktober 1964 in Kairo (Teilnehmer: 47 Staaten)
- 3. Konferenz: 8.-10. September 1970 in Lusaka/Zambia (Teilnehmer: 54 Staaten)
- 4. Konferenz: 5.-9. September 1973 in Algier (Teilnehmer: 75 Länder)

Nach allgemein anerkannter Auffassung muß ein blockfreies Land folgende Kriterien aufweisen:

- Seine Politik muß unabhängig sein, auf friedlicher Koexistenz und Nichtanlehnung basieren (NB: Die Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz, die unter anderem von China so häufig beim Namen genannt werden, sind mit ein wesentlicher Bestandteil des Non-Alignment.).

- Es muß die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen.
- Es darf nicht Mitglied irgendeines militärischen Bündnisses sein, wodurch es in die Streitigkeiten der Großmächte mit hineingezogen werden könnte. (Zu bemerken ist hierbei, daß der Warschauer Pakt den westlichen Militärbündnissen NATO, SEATO etc. in dieser Beziehung gleichgesetzt wird!)

- Es darf nicht Mitglied irgendeines bilateralen Bündnisses mit einer Großmacht sein.

- Auf seinem Gebiet dürfen sich keine ausländischen Stützpunkte befinden (1).

Als Grundzüge der Gemeinschaft wurden immer wieder anerkannt: Das Streben nach Frieden in der Welt und nach friedlicher Koexistenz durch Stärkung der Rolle der Blockfreien in den Vereinten Nationen; der Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus; die friedliche Regelung von Streitfällen; die Einstellung des Rüstungswettlaufes; die Ablehnung aller Militärbündnisse und Pakte der Großmächte; der Widerstand gegen die Einrichtung fremder Militärstützpunkte; die Universalität der UNO und der Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit (2).

Ganz in diesem Sinne kritisierte die Konferenz 1970 in Lusaka unter anderem drei Staaten (USA, England, Frankreich) wegen ihrer direkten oder indirekten Unterstützung kolonialer oder rassistischer Systeme, nahm Resolutionen zur Abrüstungsfrage sowie über die friedliche Nutzung des Meeresbodens an und forderte den bedingungslosen Abzug aller fremden Truppen aus Indochina (3). 1973 stellte sie ein Aktionsprogramm für die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf (4) und gab eine "wirtschaftliche" Erklärung ab, in der der Kampf gegen den Imperialismus, die Souveränität über die Naturschätze (Verstaatlichungsmaßnahmen!) und der Kampf gegen multinationale Konzerne in den gemeinsamen Zielkatalog aufgenommen wurde (5).

Alles in allem wird hier ein Programm verfolgt, das den Chinesen in vielen Stücken (Autarkie, Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus; Verurteilung der Militärblöcke etc.) willkommen sein muß. Trotzdem war sich China lange Zeit nicht schlüssig, welche Haltung es den Blockfreien gegenüber einnehmen sollte.

Die beiden ersten Konferenzen waren in Peking auf gemischte Gefühle gestoßen. Das chinesische Mißtrauen wurde dadurch genährt, daß das seit Jahren als "erzrevisionistisch" bekämpfte Jugoslawien (6) in seinem Bestreben, sich Moskau gegenüber den Rücken zu stärken, immer wieder als treibende Kraft unter den Blockfreien aufzutreten war. Die zwiespältige Reaktion Pekings zeigte sich unter anderem darin, daß es den Gedanken einer globalen Vereinigung der Neutralen zwar grundsätzlich begrüßte, im übrigen aber die "Konspiration Neu Delhi- Belgrad" innterhalb des Blocks anprangerte (7), - dies nicht ohne Grund, denn die anerkannten Führer der Blockfreien waren lange Jahre hindurch Jugoslawien, Indien und die Vereinigte Arabische Republik

bzw. deren Regierungschefs Tito, Nehru und Nasser.

Auch die Initiative für die 3. Konferenz im Jahre 1970 war wiederum von Jugoslawien ausgegangen. Doch diesmal war Chinas Haltung völlig verändert: Den Chinesen war nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Prag mit einem Male deutlich geworden, daß Belgrad und Peking im selben Boot saßen und daß eine Fortdauer der bisherigen Konfrontation mit Belgrad unter diesen Umständen - trotz des weiterbestehenden "Revisionismus" in Jugoslawien - sinnlos war. Beiden mußte es nun darum gehen, ein "tschechisches Schicksal" von sich abzuwenden.

Die jugoslawische Initiative paßte also gut in die neue Politik der Vereinten Fronten, wie sie Peking seit 1968/69 im Zusammenhang mit der beginnenden "Zweiten Eiszeit" zwischen Moskau und Peking einschlug.

Nun bestand der Hauptwiderspruch ja nicht mehr im Verhältnis zwischen sozialistischen und revisionistischen Kräften in den einzelnen Ländern (in diesem Sinne waren Tito und seine Regierung ja immer noch "revisionistisch"!), sondern im Verhältnis zwischen den beiden Supermächten einerseits und den "unterjochten" Nationen andererseits. So kam es, daß Jugoslawien das Wohlwollen Pekings in reichlichem Maße erntete. Jugoslawien "verfolgt die Politik der Blockfreiheit und spielt eine positive Rolle auf der Konferenz der blockfreien Staaten. Das jugoslawische Volk tritt gegen die Machtpolitik der Supermächte und deren Versuch einer Einteilung Europas und des Mittelmeerraumes in Einflußsphären auf....." (8).

Welchen Stellenwert Peking nunmehr den Blockfreien zuzumessen begann, ging noch deutlicher aus einem Artikel der JMJP (9) hervor: Die Konferenz in Lusaka zeige, daß "der Kampf der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus, Kolonialismus und deren Machtpolitik sowie um den Schutz ihrer nationalen Unabhängigkeit zu einer unaufhaltsamen geschichtlichen Strömung" werde.

China nahm von nun an auch keinen Anstoß mehr daran, daß die Neutralen durchaus verschiedene Schattierungen aufwiesen, die vom militanten Neutralismus (z.B. Irak) über den gemäßigten Neutralismus (Ceylon) bis zum konservativen Neutralismus (z.B. Malaysia) reichten (10).

Alle Länder gehörten ja zur Ersten Zwischenzone, wobei allerdings Indien seit dem sowjetisch-indischen Freundschaftsvertrag vom August 1971 langsam in die Position eines "Lakaien des Sozialimperialismus" hineingeriet.

Noch deutlicher wurden die Sympathieerklärungen Chinas für die 4. Gipfelkonferenz in Algier, vor allem aber für die aus dieser Konferenz hervorgehende Initiative zu einer Rohstoffkonferenz im Rahmen der UNO, wie sie dann ja im April 1974 über die Bühne lief. Seit der 3. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Lusaka hatte sich eine neue Dimension der Blockfreiheit herausentwickelt, die sowohl dem von China immer wieder erhobenen Postulat nach Autarkie jeden Landes als auch der chinesischen Suche nach einem gemeinsamen Bindemittel zur Herstellung einer globalen Vereinten Front gegen die Supermächte entgegenkam. Die Blockfreien hatten nämlich - in der Einsicht, daß rein nega-

tive Solidarisierungsfaktoren (wie Antikolonialismus oder Widerstand gegen eine bestimmte Großmacht!) nicht als Bindemittel für eine Zweckgemeinschaft der Neutralen dienen können - ihre gemeinsame Position neu definiert. Da man inzwischen längst zu der Erkenntnis gekommen war, daß es nicht nur die politische Unabhängigkeit (gegenüber Einflüssen des klassischen Kolonialismus), sondern in viel stärkerem Maße die wirtschaftliche Eigenständigkeit (gegenüber Versuchen des Neokolonialismus) zu verteidigen galt, setzten sich die Blockfreien das positive Ziel einer internationalen Strategie der Selbsthilfe im Geiste der Gegenseitigkeit und arbeiteten zu diesem Zweck eine eigene Charta aus (11). Zwei globale Auswirkungen dieser "Vereinten Front" haben sich in der Zwischenzeit in aller Welt deutlich gezeigt: nämlich die Erfolge der OPEC-Länder auf dem Gebiete der Öpolitik und die Anberaumung der UNO-Rohstoffkonferenz im April 1974.

Diesen Bestrebungen hat Peking uneingeschränkten Beifall gezollt.

Überhaupt ist die Volksrepublik seit Beginn der siebziger Jahre zunehmend geneigt, das Streben nach Neutralisierung und Blockfreiheit zu ermutigen. Sie unterstützt z.B. den ceylonesischen Vorschlag einer "entmilitarisierten Friedenszone im Indischen Ozean". Auch dürfte sie - obwohl eine entsprechende offizielle Erklärung noch nicht erfolgt ist - positiv zu dem malaysischen Plan einer "Neutralisierung Südostasiens" stehen. China hat sich aber nicht nur in Asien, sondern auch in Afrika und Lateinamerika, also praktisch in der gesamten "Ersten Zwischenzone" (jetzt: "Dritte Welt"), zum Fürsprecher der Neutralisierung gemacht.

Bezeichnend für die neue Sprachregelung war etwa die Formel, die Außenminister Chi P'eng-fei im Januar 1972 gegenüber einer burundischen Regierungsdelegation benutzte. Er brachte, wie es heißt, "seine Hochachtung dafür zum Ausdruck, daß die burundische Regierung eine friedliche, neutrale und blockfreie Außenpolitik betreibt, gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus kämpft und die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika unterstützt". Es wird hier also einer durchaus aktiven Neutralität das Wort geredet, die nicht nur - rein negativ - auf Nichteinmischung der Großmächte drängt, sondern dem Kampf gegen jede Form von Kolonialismus und Imperialismus das Wort redet!

Soweit also die Haltung Chinas gegenüber den Blockfreien und ihren Solidaritätsaktionen, wie sie sich im Laufe der Jahre entwickelt hat.

Nunmehr einige Ausführungen zur UNO-Rohstoffkonferenz und dem dabei gezeigten chinesischen Engagement.

Zu II: Ursachen der Armut und des Rohstoffdilemmas in der Dritten Welt - und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung

Am 10. April begann der algerische Präsident Boumediene mit einer Anklagerede gegen das bestehende Weltwirtschaftssystem, das den entwickelten Ländern ein Monopol für Industrieerzeugnisse einräume und ihnen die Kontrolle der Rohstoffmärkte erlaube. Er verlangte für die Entwicklungs-

länder das Recht zur Kontrolle ihrer Rohstoffe, auf Nationalisierung der Bodenschätze und auf Festsetzung der Rohstoffpreise. Er forderte die Rohstoffexportländer auf, sich nach dem Muster der ölexportierenden Staaten zu Preis- und Lieferkartellen zusammenzuschließen und damit der Ausbeutung durch die Großmächte sowie durch die multinationalen Monopolkonzerne ein Ende zu bereiten.

Der Aufruf der 4. Blockfreien-Konferenz, sich zusammenzuschließen, um die Preise für die Rohstoffe der Dritten Welt zu verteidigen, sei bisher lediglich von den erdöl-exportierenden Ländern beachtet worden. Ähnliche Erzeugerorganisationen sollten auch im Zusammenhang mit anderen Rohstoffen entstehen (Gummi, Kupfer, Eisenerz, Kaffee etc.).

All diese Aktionen wurden mit dem Hinweis begründet, daß die armen Länder angesichts der von wohlhabenden Staaten diktierten Preise immer mehr in Bedrängnis gerieten. Der Weizenpreis beispielsweise habe sich zwischen Juni 1972 und Juni 1974 verdoppelt und sei dann erneut im zweiten Halbjahr 1973 auf etwa das Doppelte angestiegen. Der Zuckerpreis habe sich in weniger als drei Jahren sogar vervierfacht. Die Preise für Düngemittel, auf die doch gerade die Entwicklungsländer so stark angewiesen seien, hätten sich zwischen Juni 1972 und September 1973 um das Zweifache erhöht. Diese Steigerungen seien allein von den Industrieländern diktiert worden, die ihre führende Stellung in der Produktion von Düngemitteln in aller Welt ausgenutzt hätten (12).

Um den möglichen Vorwurf zu antizipieren, daß die Preissteigerungen der letzten Monate hauptsächlich durch die Ölverteuerung verursacht worden seien, führte Boumedienne aus: "Müssen wir darauf hinweisen, daß die Kosten für den Import von Nahrungsmitteln und Kunstdünger für viele Entwicklungsländer fast zweimal so hoch liegen wie die für ihre Ölimporte? Müssen wir erläutern, daß die Auswirkung steigender Preise für Nahrungsmittel auf die Zahlungsbilanz um 70% höher liegt als die Auswirkung der Ölpreissteigerungen?" Auch der Preis der Industriegüter sei über alle Maßen angehoben worden: Er habe sich für Stahl verdreifacht, für Zement vervierfacht und für Traktoren verdoppelt.

Daraus ergäben sich folgende Zielsetzungen:

1. Wiedergewinnung der Bodenschätze durch die Entwicklungsländer (Verstaatlichung etc.)
2. Weitreichende Industrialisierungsbewegungen in jedem Land (grundsätzlich Verarbeitung der Bodenschätze eines Landes an Ort und Stelle)
3. Höhere Entwicklungshilfe
4. Streichung der Belastungen (Zinsen etc.)
5. Sonderprogramm für besonders rückständige Länder (13)

Dieses Programm konnte niemanden überraschen, der die Ergebnisse der 3. und 4. Gipfelkonferenz der Blockfreien zur Kenntnis genommen hatte. Gleichwohl schienen zahlreiche Delegationen von der Schärfe des Tones betroffen und betonten, daß man Rohstoffprobleme nicht durch radikale Veränderungen und "Maximalforderungen" lösen

solle (so der französische und der deutsche Außenminister). Ganz im Gegensatz zu diesen Beschwichtigungsversuchen stellte sich der chinesische Vertreter voll hinter die algerischen Vorstellungen, ja verschärfte sie sogar noch.

Welche Bedeutung Peking der UNO-Rohstoffkonferenz beimaß, ging schon daraus hervor, daß es den höchsten Repräsentanten entsandt hatte, der bis dahin je auf amerikanischem Boden gewesen war: das Politbüromitglied Teng Hsiao-p'ing. Sensationell war allein schon das Aufgebot zur Verabschiedung und übrigens auch zur Rückkehr (14) Tengs am Peking-Flughafen. Nahezu die gesamte chinesische Spitze war dort zur Verabschiedung des Delegierten erschienen, u.a. Chou En-lai, Wang Hung-wen, die Mao-Gattin Chiang Ch'ing, insgesamt 11 Politbüromitglieder und eine große Anzahl anderer Spitzenkader aus der Partei und den Ministerien. Es war übrigens auch das erste Mal, daß ein chinesisches Politbüromitglied in kapitalistisches Ausland reiste. Die neue Weltwirtschaftsordnung, für die bei der UNO-Konferenz die Grundlagen gelegt werden sollten, und die auf eine Lösung des heutigen Hauptproblems der Welt, nämlich des Gefälles zwischen Nord und Süd, hinzielt, war den Chinesen diesen Aufwand wert. Im übrigen hatte China sich ja auch während der zahlreichen Besuche afrikanischer Staatschefs, unter anderem auch Boumediennes, erneut dazu verpflichtet, zur Dritten Welt zu halten.

Dies geschah in New York dann auch mit aller Deutlichkeit. Die UNO-Sondersitzung begann am 9. April. Fast zur gleichen Zeit, nämlich vom 27. März bis 16. April, hatte auch die UNO-Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) ihre 30. Tagung in Colombo abgehalten, bei der die "Deklaration von Colombo" angenommen wurde und zu der ebenfalls ein chinesischer Vertreter, Huang Mingta, einen wichtigen Beitrag geleistet hatte.

Tengs und Huangs Ausführungen sind in etwa parallel gelagert und sollen deshalb hier auch gemeinsam betrachtet werden. (Die Rede Teng Hsiao-p'ings findet sich abgedruckt in PRU 1974 Nr. 15, S.8-13, und Huangs Rede, ebd., S.29-31).

Beide Reden boten eine Analyse der Ursachen für die Rückständigkeit der Entwicklungsländer und schlugen zugleich therapeutische Maßnahmen vor.

1. ANALYSE FÜR DIE GRÜNDE DER ARMUT:

Die eigentliche Ursache für Rückständigkeit und Armut der Entwicklungsländer liege in der Unterdrückung und Ausplünderung durch Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, wobei die beiden Supermächte eine besonders verheerende Rolle spielen. Die imperialistischen Länder praktizierten unter dem Vorwand der "Hilfe" systematische Ausplünderung und bezeichneten sich dabei manchmal, wie die Sowjetunion, sogar als "Freund der Entwicklungsländer". Sie benutzten die "Hilfe" dazu, die wichtigsten Zweige der nationalen Wirtschaft der Empfängerstaaten zu kontrollieren, diese also praktisch ihrer Souveränität zu berauben und durch den Kauf ihrer billigen Produkte sowie deren Wiederverkauf zu höheren Preisen Profite zu machen. Auf dem Gebiet des Außenhandels hätten die Imperialisten den internationalen Markt monopolisiert und täten alles, um die Preise für die von den Entwicklungsländern exportierten Mineral-

und Agrarprodukte zu drücken. Zugleich stiegen die Industrieprodukte, die den Entwicklungsländern verkauft würden, von Jahr zu Jahr im Preis. Diese immer weiter auseinanderklaffende Schere und die von den Imperialisten aufgestellten Zollbarrieren brächten den Ländern der Dritten Welt seit langem Handelsbilanzdefizite und ungeheure wirtschaftliche Verluste. Darüber hinaus verfolgten die Imperialisten eine Politik der Überschwemmung des internationalen Marktes mit gewaltigen Mengen schlecht verkäuflicher Waren zu Dumping-Preisen, wodurch die Märkte der Entwicklungsländer chaotisch verwirrt und Landwirtschaft, Bergbau sowie Kleinindustrie verkrüppelt würden. In manchen Ländern, die einst als Getreideländer bekannt waren, sei die Landwirtschaft geschrumpft, und es bestehe Knappheit an Getreide. Sehe man von Faktoren wie Naturkatastrophen ab, so sei dies ganz klar das Resultat der oben erwähnten Politik des Imperialismus. Vorhalten müsse man dem Imperialismus auch seine Wucherzinsen und die politischen Bedingungen, die er an seine Darlehen knüpfe. Er dränge, wenn die Frist abgelaufen ist, auf Rückzahlung und zwingt damit die Entwicklungsländer in den Teufelskreis der Aufnahme neuer Schulden zur Bezahlung der alten. Manchmal würden die Wirtschaftskrisen der Imperialisten sogar durch Abwertung ihrer Währungen auf die Entwicklungsländer abgewälzt, was deren Wirtschaft noch mehr zerstöre.

Man beute die billigen Arbeitskräfte der Völker und die reichen Ressourcen der Dritten Welt aus und zwingt ihnen eine unausgewogene, monokulturell geprägte Wirtschaft auf. Auch errichteten die Imperialisten internationale Monopolorganisationen wie "supranationale Gesellschaften", die jeweils einen Staat im Staate bildeten und die überall intervenierten. Selbst die "gemeinsamen Betriebe", die unter dem Aushängeschild der "Hilfe und Unterstützung" in einigen Ländern errichtet worden sind, seien in Wirklichkeit nur eine Kopie der "supranationalen Gesellschaften". Vor allem nutze man die hier gegebene Gelegenheit, veraltete Anlagen und veraltete Waffen zu überhöhten Preisen gegen strategisch bedeutsame Rohstoffe und gegen Agrarprodukte der Entwicklungsländer einzutauschen.

Soviel also zur Ätiologie der Armut in der Dritten Welt. Bezeichnenderweise zielten die chinesischen Vertreter in New York und Colombo mehr auf den "Sozioimperialismus" als auf den "Imperialismus" ab. Besonders deutlich wurde dies bei offiziellen Verlautbarungen, die zwar nicht direkt bei den beiden Tagungen, wohl aber flankierend zu ihnen abgegeben wurden. Danach ist der "Sowjetrevisionismus" heute der "größte Rohmaterialienplünderer in der Dritten Welt". Nach dem Prinzip "Maschinen für Rohmaterialien" und "Munition für Rohmaterialien" und unter dem Mantel der "Wirtschaftshilfe" suche er, Maximalprofite aus der Dritten Welt herauszuschlagen

Gerechtfertigt werde dieses Vorgehen hauptsächlich durch drei "Theorien":

a) durch die "Theorie der internationalen Arbeitsteilung", derzufolge die Sowjetunion Einrichtungen, Maschinen, Ersatzteile und Materialien aller Art liefern solle, während die Entwicklungsländer die Sowjetunion mit solchen Rohstoffen zu versorgen haben, an denen diese ge-

rade interessiert ist. Die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sollen "nach dem Muster der osteuropäischen Länder und der Mongolei in den sowjetrussischen Einflußbereich" gebracht werden.

b) durch die "Theorie der begrenzten Souveränität hinsichtlich der Ressourcen". Die Souveränität über Bodenschätze hänge nach dieser Ansicht in hohem Maße von der Fähigkeit eines Landes ab, diese Rohmaterialien auch zu nutzen. Länder mit größerer Industriekapazität genossen also m.a.W. für die Nutzung der Ressourcen größere Souveränität über ihre Bodenschätze als solche mit geringerer Kapazität.

c) durch die "Theorie des internationalen Eigentums". Obwohl beispielsweise das arabische Öl formell im Eigentum der Araber stehe, sei es doch tatsächlich internationales Eigentum, da es mit dem Leben der modernen Welt und ihren Industrien untrennbar verbunden sei (15).

Wie die "Sowjetrevisionisten" diese "Theorien" in die Praxis umsetzen, werde besonders deutlich an der Politik Moskaus gegenüber Indien. Die Sowjetunion plündere Indien in dreifacher Hinsicht aus (16):

a) Kapitalexport:

Von 1966-1972 betrug der Wert der sowjetischen Kapitalexporte jeweils durchschnittlich 1,317 Mrd. Rupien pro Jahr oder 130 mal mehr als zwischen 1951 und 1954. Von 1955 bis 1966 beliefen sich die Anleihen Indiens in der Sowjetunion auf 10,2 Mrd. Rupien oder etwa 1,283 Mrd. US Dollar. Gemäß den russischen Bedingungen müssen diese Anleihen vollständig zum Kauf sowjetischer Waren verwendet werden, wodurch Indien nach und nach zu einem Absatzmarkt für sowjetische Maschinen und Einrichtungen schlechter Qualität geworden sei. Beinahe 70% des sowjetischen Exports nach Indien waren Schwermaschinen und industrielle Einrichtungen. Die Preise dafür seien 20-30% oder sogar bis zum Zweifachen höher gewesen als die auf dem Weltmarkt. So sei der Preis der Ersatzteile für 15.000 Traktoren, die die Sowjetunion 1969 an Indien verkaufte, dreimal so hoch gewesen wie jener, den Moskau von den osteuropäischen Ländern fordere. Im gleichen Jahr habe die Sowjetunion nach Indien Nickel zum Preis von 30.000 Rupien pro t exportiert, während sie auf dem europäischen Markt dafür nur 15.000 Rupien erhalten habe. Um diese Profitmacherei auf den Gipfel zu treiben, übe Moskau sogar Druck auf Indien aus, indem es seinen Verhandlungspartner zwang, zwei komplette Turbinenaggregate zu kaufen - und zwar als Bedingung für die Belieferung von dringend benötigten Ersatzteilen.

b) "Ausplünderung der Ressourcen":

Von 1951 bis 1954 importierte die Sowjetunion aus Indien pro Jahr durchschnittlich für 17,6 Mio. Rupien. Von 1966 bis 1972 belief sich das Importvolumen durchschnittlich auf 1,849 Mrd. Rupien, d.s. 68mal mehr als zwischen 1951 und 1954. Im Fiskaljahr 1972-1973 erreichten die Importe aus Indien die Höhe von 3,05 Mrd. Rupien. Die Sowjetunion habe nach Kräften die Preise der Waren aus Indien gedrückt (in den meisten Fällen um rd. 20-30% gegenüber dem Weltmarkt!).

75-80% jener Waren, die Indien der Sowjetunion als Schul-

denausgleich liefert, umfaßten mehr als 50 sog. "traditionelle Waren", wie Tee, Kaffee, Baumwolle, Leder, Jute, Tabak, Ölsamen, Nüsse und Gewürze, also genau jene Warengruppe, "welche bereits die englischen Kolonialisten früher an sich gerissen haben". 1973, als der Erdnußertrag der niedrigste seit 15 Jahren war, sei Indien im Interesse der Schuldentilgung von Moskau zum Erdnußexport gezwungen worden. Diese Politik sei um so schlimmer, als nicht nur die Knappheit in Indien verschärft, sondern überdies ein Teil der angekauften Waren von der Sowjetunion zu Profitpreisen an Drittländer weiterverkauft worden sei

c) "Ausbeutung der billigen Arbeitskraft":

Unter dem Vorwand der Zusammenarbeit lasse die Sowjetunion in den indischen Fabriken arbeitsintensive Produkte herstellen, wodurch die billige indische Arbeitskraft ausgebeutet werde. Die Sowjetunion habe beispielsweise Indien 1972 mit 20.000 t Baumwolle versorgt, die in indischen Fabriken zu Textilien verwoben und sodann von der Sowjetunion zu einem niedrigen Preis wiedergekauft wurden. Dabei sei den Indern ein Verlust von mindestens 20 Mio. Rupien entstanden.

Ende 1973 sei diese "Zusammenarbeit" noch intensiviert worden, als man nämlich ein Abkommen über die Kooperation in Wirtschaft und Handel mit einer Laufzeit von 15 Jahren unterzeichnete. Immer mehr Inder seien besorgt, daß die gesamte Basisindustrie ihres Landes an die Sowjetunion "verpfändet" werde (17).

Soweit also die Gründe für die Armut in der Dritten Welt. Nun zur Therapie:

2. MÖGLICHKEITEN DES KAMPFES GEGEN DIE ARMUT (UND LÖSUNG DES ROHSTOFFDILEMMAS)

Wenn die Ursachen der Armut so klar auf der Hand liegen, warum soll man da nicht die nötigen Konsequenzen ergreifen? Diese Konsequenzen bestehen im gemeinsamen Kampf gegen die Ausplünderung und Ausbeutung durch Imperialismus und Neokolonialismus. In den Worten Teng Hsiao-p'ings: "Der Kern des Problems der Rohstoffe und der Entwicklung ist der Kampf der Entwicklungsländer für die Wahrung ihrer staatlichen Souveränität, für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft und gegen die Ausplünderung und Kontrolle durch den Imperialismus und besonders durch die Supermächte."

(Teng empfiehlt also nicht Kooperation und internationale Arbeitsteilung, wie sie im Westen immer wieder gefordert werden). Wie sich Teng Hsiao-p'ing den Kampf vorstellt, macht er deutlich anhand der "Ölkrise". Der Ölkampf habe den Menschen die Augen geöffnet und ihren Horizont erweitert. "Was im Ölkampf erreicht worden ist, soll und kann auch im Falle anderer Rohstoffe getan werden."

Drei Ziele müssen hierbei im Vordergrund stehen:

a) Wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist zunächst die Erringung der politischen Unabhängigkeit. "Die Erlangung der politischen Unabhängigkeit bedeutet für ein Volk nur den ersten Schritt. Es muß dann diese Unabhängigkeit festigen, weil in seinem Lande Überreste der kolonialistischen Kräfte und die Gefahr einer Subversion und Aggression durch den Imperialismus und

und die Hegemoniebestrebungen noch weiter bestehen. Die Konsolidierung der politischen Unabhängigkeit muß einen Prozeß wiederholter Kämpfe durchmachen. Mit einem Wort, die politische und die wirtschaftliche Unabhängigkeit sind nicht voneinander zu trennen.

- b) Wirtschaftliche Unabhängigkeit heißt, daß jedes Land grundsätzlich auf seine eigene Kraft vertraut, das heißt, "sich auf die Kraft und Weisheit des eigenen Volkes verläßt, die wirtschaftlichen Lebensfäden des eigenen Landes selbst in die Hand zu nehmen, die eigenen Ressourcen optimal zu nutzen, unter Anspannung aller Kräfte den Getreideertrag zu steigern und planmäßig und schrittweise die nationale Wirtschaft des Landes zu entwickeln". Gleichzeitig ist das Vertrauen auf die eigene Kraft keinesfalls gleichzusetzen mit einem Prozeß der Einigelung und der Ablehnung ausländischer Hilfe. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Allerdings muß diese Hilfe gewährt werden auf der Grundlage der Achtung der Souveränität, der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils (zu den Acht Grundsätzen der Wirtschaftshilfe Chinas vgl. C.a. 1972/5, S.33).
- c) Jedes Entwicklungsland muß also danach trachten, politisch und wirtschaftlich unabhängig zu sein. Noch eine dritte Forderung allerdings muß erfüllt, wenn die Ursache des Übels, nämlich die Ausplünderung durch den Imperialismus, wirklich unschädlich gemacht werden soll: nämlich der Zusammenschluß mit anderen Entwicklungsländern zum Kampf gegen den Imperialismus. Die Dritte Welt sei doch äußerst stark, da sie immerhin aus über 100 Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bestehe, in denen die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung lebe! Auch habe sich in den letzten Jahren die Zusammengehörigkeit der Dritten Welt schon mehrere Male im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und die Machtpolitik der Supermächte gezeigt: Man habe sich beispielsweise mit dem Widerstandskrieg der drei Völker Indochinas gegen die amerikanische Aggression solidarisch erklärt und das koreanische Volk in dessen Kampf für die Wiedervereinigung des Vaterlandes unterstützt. Man habe sich hinter die arabischen Völker in ihrem Kampf gegen die "israelischen Aggressoren" gestellt und Sympathie für den Kampf der afrikanischen Völker gegen Kolonialismus und Rassismus gezeigt. Die Länder der Dritten Welt hätten auch entschlossen ihre Parteinahme für den Kampf der Völker Lateinamerikas zur Verteidigung ihrer staatlichen Souveränität deutlich gemacht und einander auf internationalen Konferenzen aller Art unterstützt (18). Diese Unterstützung solle auch weiterhin fortgesetzt werden, und zwar auf der Basis der Fünf Prinzipien, nämlich der Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils sowie der friedlichen Koexistenz.

China als Förderer dieser Kampfesolidarität:

In fast allen Reden vor Organisationen der UNO taucht immer wieder stereotyp ein Satz auf, der den Stellenwert Chinas im internationalen Kräftefeld verdeutlichen soll:

“China ist ein sozialistisches Land, und es ist auch ein Entwicklungsland. China gehört zur Dritten Welt..... Wir unterstützen entschieden alle unterdrückten Völker und Nationen im Kampf zur Erlangung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft sowie gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniebestrebungen. Das ist unsere internationalistische Pflicht (19). Noch deutlicher im asiatischen Kontext: “Die meisten Länder im asiatischen und fernöstlichen Raum sind Entwicklungsländer. Obwohl wir verschiedene Bedingungen haben, litten wir, die Entwicklungsländer, alle lange Zeit unter der Aggression und Ausplünderung durch den Imperialismus und sehen uns daher der Aufgabe gegenübergestellt, den Imperialismus und die Hegemoniebestrebungen der Großmächte zu bekämpfen und unsere Länder aufzubauen. Das gemeinsame historische Geschick und die gemeinsamen Aufgaben des Kampfes verbinden das chinesische Volk eng mit den Völkern aller anderen Entwicklungsländer Asiens und des Fernen Ostens. Wir sympathisieren miteinander und unterstützen uns gegenseitig” (20).

Wenn immer wieder behauptet wird, daß China die Führung der Dritten Welt übernehmen wolle, so ist dies, zumindest von diesen expressis verbis-Erklärungen und vom theoretischen Selbstverständnis der chinesischen Führung her gesehen, nicht richtig. Allerdings kann sich wohl niemand dem Eindruck entziehen, daß China im Kampf der Dritten Welt eine besonders wichtige Rolle spielt und insofern dann doch de facto in eine Führungsrolle hineingerät, sei es nun gewollt oder ungewollt. Gerade weil ein solcher Eindruck nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen ist, deuten die chinesischen Vertreter in diesem Zusammenhang immer wieder an, daß China keine Supermacht sei und auch nie eine solche zu werden wünsche. (Zum Begriff der Supermacht vgl. unten III).

Zu III: Das neue “Drei-Welten-Modell”

Besonderes Aufsehen hat Teng Hsiao-p'ing bei der UNO-Rohstoffkonferenz mit seinen Ausführungen über Chinas neues Drei-Welten-Modell erregt. An der maßgebenden Stelle heißt es: “Durch das Auftreten des Sozialimperialismus hat das nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeitlang existierende sozialistische Lager zu bestehen aufgehört. Infolge des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus gerät auch der imperialistische Block im Westen in Auflösung. Sieht man sich die Änderung der internationalen Beziehungen an, so gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl voneinander abhängig sind als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die Erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten bilden die Dritte Welt. Und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, bilden die Zweite Welt”(21).

Anschließend folgt nun eine Präzisierung dieser drei Welten:

a) Erste Welt:

Dazu gehörten die beiden Supermächte als die “größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker” unserer Zeit

sowie die eigentlichen Quellen eines neuen Weltkrieges. Beide verfügten über Kernwaffen, zeichneten sich durch Wettrüsten aus, entsendeten große Truppenkontingente ins Ausland, errichteten überall Militärbasen, versuchten, auf dem Wege der Kontrolle, Subversion, Intervention und Aggression gegen alle anderen Länder vorzugehen, und beuteten andere Länder wirtschaftlich aus. Noch genauer wurde der Begriff von Teng Hsiao-p'ing an einer anderen Stelle zur Grundsatzrede definiert: “Was ist eine Supermacht? Eine Supermacht ist ein imperialistisches Land, das überall mit Aggression, Intervention Kontrolle, Subversion und Ausplünderung gegen andere Länder vorgeht und die Vorherrschaft über die Welt anstrebt. Wird in einem großen sozialistischen Land der Kapitalismus restauriert, wird es sich unvermeidlich in eine Supermacht verwandeln. Die Große Proletarische Kulturrevolution der vergangenen Jahre und die Bewegung zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius, die zur Zeit ganz China erfaßt, sind darauf gerichtet, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern, das sozialistische China davor zu bewahren, daß es die Farbe wechselt, und sicherzustellen, daß China immer auf der Seite der unterdrückten Völker und Nationen steht. Sollte China eines Tages die Farbe wechseln, sich in eine Supermacht verwandeln und ebenfalls in der ganzen Welt wie ein Tyrann herumkommandieren, überall die anderen demütigen, angreifen und ausbeuten, dann müssen die Völker der Welt diesem China das Schild des Sozialimperialismus umhängen, es entlarven, bekämpfen und es mit dem chinesischen Volk gemeinsam niederschlagen” (22).

b) Die Zweite Welt:

Bei den entwickelten Ländern, die zwischen den Supermächten und den Entwicklungsländern liegen, seien die Dinge ziemlich kompliziert. Einige von ihnen unterhielten zu den Ländern der Dritten Welt heute noch kolonialistische Beziehungen, vor allem Portugal. Gleichzeitig unterstützen all diese entwickelten Länder aber selbst in verschiedenem Maße der Kontrolle, Bedrohung oder Tyranisierung durch die eine oder die andere Supermacht. Die Zweite Welt sei also durch einen Doppelcharakter gekennzeichnet: des Unterdrückens und des Unterdrücktseins.

c) Die Dritte Welt schließlich sei der eigentliche wirtschaftlich rückständige und politisch unterdrückte Teil der Welt, obwohl gerade die Entwicklungsländer den größten Teil der Erdoberfläche bedeckten, den größten Anteil der Weltbevölkerung stellten und über zahllose Rohstoffe verfügten. Durch ihren ständigen Druck hätten die beiden Supermächte den Gegendruck der Dritten Welt herausgefordert. Hielten die Länder der Dritten Welt zusammen und wagten sie, zu kämpfen und zu siegen, so würde sich bald herausstellen, daß sie die eigentlich starken, die Supermächte aber die eigentlich schwachen Kräfte im internationalen Kräftespiel sind. Erste Anzeichen einer solchen Solidarisierung seien seit langem zu erkennen, etwa in Form der Organisation der Afrikanischen Einheit, der Gipfelkonferenzen der Blockfreien Länder, der arabischen Gipfelkonferenzen, der Gipfelkonferenzen der islamischen Länder, ferner in Form des bewaffneten Kampfes und

der Massenbewegung der Völker von Mozambique, Angola, Simbabwe, Namibia, Azania und von Guinea-Bissau. China gehört in dieser dreischichtigen Ordnung zur dritten und keinesfalls zur ersten oder zweiten Welt, wie Teng mit allem Nachdruck hervorhob: "China ist ein sozialistisches Land und ebenfalls ein Entwicklungsland. China gehört zur Dritten Welt. In konsequenter Befolgung der Lehren des Vorsitzenden Mao unterstützen die chinesische Regierung und das chinesische Volk alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem Kampf zur Erlangung oder Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, Entwicklung der Volkswirtschaft und gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Dies ist unsere heilige internationalistische Pflicht. China ist keine Supermacht und wird nie versuchen, zu einer solchen zu werden....."

Ist mit dieser Drei-Welten-Konzeption die alte Zwischenzonentheorie von 1964 obsolet geworden?

Noch in der November-Ausgabe der Hung-ch'i von 1972 war diese Zwischenzonentheorie zitiert worden: Auf der Weltkarte lägen zwischen den sozialistischen Staaten und den beiden Supermächten zwei große Zwischenzonen: Die eine werde von den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die andere von den kapitalistischen Staaten des Ostens und Westens gebildet. Die Erste Zone nehme 63% des Festlandes der Welt ein, umfasse drei Viertel der Weltbevölkerung und sei an Naturschätzen unermesslich reich. Darum bilde sie naturnotwendig das Streitobjekt im Kampf der beiden Supermächte um die Welthegeemonie. Die Länder der Ersten Zwischenzone seien Opfer der Kontrolle, Ausplünderung und Demütigung durch die beiden Supermächte. Deshalb komme es dort zu besonders machtvollen Befreiungsbewegungen. Auch die Widersprüche zwischen den Ländern der Zweiten Zone und den beiden Supermächten seien nicht zu unterschätzen. Es komme daher darauf an, die beiden Zonen im Kampf gegen die Supermächte zusammenzuschließen.

Soweit also die Stellungnahme vom November 1972. Hat sich seitdem etwas geändert? Man könnte vielleicht auf den ersten Blick meinen, daß China sich im weltweiten Kampf heute nicht mehr so sehr als sozialistische Macht, sondern vielmehr als Bestandteil der Dritten Welt profilieren wolle. Doch ginge eine solche Interpretation angesichts der immer wieder gebrauchten Formulierung "China ist ein sozialistischer Staat, und es ist auch ein Entwicklungsland" ins Leere.

Was sich gegenüber der damaligen Interpretation entscheidend geändert hat, ist offensichtlich nur die Negierung eines "sozialistischen Lagers", das es ja in der Tat seit Beginn der sechziger Jahre nicht mehr gibt. Die Vereinten Fronten, die zum Kampf gegen die beiden Supermächte aufgerufen sind, bestehen aus denselben Kräften, wie sie erstmals 1964 von Mao Tse-tung und dann wiederum in einer Formulierung vom November 1972 beschworen worden waren, nämlich aus den Ländern der "Ersten Welt" (damals "Erste Zwischenzone" genannt) und - cum grano salis - aus den Ländern der "Zweiten Welt" (damals "Zweite Zwischenzone"!). Bekämpft werden sollen damals wie heute die beiden

Supermächte.

Das Drei-Welten-Modell bringt also keine substantielle Änderung gegenüber dem alten "Zwischenzonen"-Modell mit sich, sondern nur eine kosmetische Korrektur: Bisher war unklar, wohin die acht Ostblockstaaten gehörten: Rumänien und Albanien hätten zwar - neben Nordkorea, Nordvietnam und China - noch als Bestandteil des sozialistischen Lagers gelten dürfen. Wo freilich sollte man "revisio-nistische" Staaten wie die CSSR, Ungarn, Jugoslawien und die Mongolische Volksrepublik einordnen? Bestand hier so etwas wie eine "Dritte Zwischenzone"? China hat eine solche - aus der Situationslogik sich ergebende-weitere Differenzierung der "Zwischenzone" abgelehnt und nun für drei Welten optiert - eine theoretische Anpassungsentscheidung, die angesichts des Zerfalls des "sozialistischen Lagers" seit langem fällig war! Die sozialistischen Länder als solche treten also nicht mehr in einer einheitlichen Kampfgruppierung auf, sondern sind, je nach ihrem wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsstand, auf die verschiedenen "Welten" verteilt: China gehört demnach zur Dritten Welt, Rumänien, das von China als sozialistische Macht anerkannt wird (!), vermutlich zur Zweiten Welt und die Sowjetunion (die in Peking selbstverständlich nicht mehr als sozialistisch gilt) zur Ersten Welt. Umgekehrt ist in der "Dritten Welt" jedes beliebige Gesellschaftssystem vertreten: von Nordvietnam bis Äthiopien!

Nur die Formulierung, nicht aber die Substanz hat sich am chinesischen Weltenmodell gewandelt. Für diese Hypothese stehe noch folgende Argumentation:

Die Strategie der Vereinten Fronten, wie sie sowohl im Zusammenhang mit den "drei Welten" wie auch den "Zwischenzonen" zutage tritt, zeichnet sich durch zwei Merkmale aus, die den chinesischen Kommunisten aufgrund jahrelanger Übung in Fleisch und Blut übergegangen sind:

a) Zum einen gehen die - stets auf Kampf hin orientierten - Chinesen von einer Dreiteilung aller sozialen Systems aus und unterscheiden dabei zwischen "Freunden", "Zwischenschichten" und "Feinden" bzw., außenpolitisch formuliert, zwischen sozialistischen Staaten, sogenannten "Zwischenzonen" und den "Imperialisten samt ihren Lakaien". Keine Partei muß ein für allemal derselben Kategorie angehören. Aus Freunden können vielmehr, je nach der konkreten Situation, "Feinde" werden und umgekehrt.

Ziel der Vereinten-Fronten-Politik ist es nun, die "fortschrittlichen Kräfte zu entfalten, die Kräfte der Mitte zu gewinnen und die Feinde maximal zu isolieren".

b) In diesem Zusammenhang ist stets darauf zu achten, daß die Feinde nie mehr als etwa 10% aller Beteiligten ausmachen. Diese Einschränkung ist das zweite Wesensmerkmal der Vereinten-Fronten-Politik.

Anschauungsmaterial für das Funktionieren dieser Strategie bietet vor allem die chinesische Innenpolitik. Als es beispielsweise Anfang der fünfziger Jahre darum ging, die Großgrundbesitzer auszuschalten, wurden die sogenannten "Reichen Bauern" im Interesse einer maximalen Isolierung des Großgrundbesitzertums in die "Vereinte Front" miteinbezogen, so daß der 90%-Formel Maos Genüge getan war. Diese Vergünstigung sollte jedoch nicht lange dauern, Nachdem die

Großgrundbesitzer durch Enteignungsmaßnahmen als Klasse liquidiert waren, kamen die "Reichen Bauern", deren Schicksal ja schon von langer Hand vorherbestimmt war, an die Reihe. Dasselbe Los ereilte schließlich auch noch die sogenannten "Oberen Mittelbauern".

Eine Salami-Taktik, wie sie hier zutage tritt, leistet auch im Bereich der Außenpolitik, vor allem gegenüber den beiden Hauptfeinden, den USA und der Sowjetunion, gute Dienste. Nur vor diesem Hintergrund wird es verständlich, daß China es abgelehnt hat, sich beispielsweise auf nukleare Abrüstungsverhandlungen im kleineren Kreis der fünf Großmächte einzulassen. Seine Gegenforderung nach einer sogenannten Gipfelkonferenz aller Länder entsprach schon damals genau der alten Vereinte-Fronten-Strategie sowie dem Prinzip der in der chinesischen Innenpolitik so nachdrücklich geübten "Massenlinie".

Sieht man die Vereinte-Fronten-Strategie unter dieser aus innenpolitischen Erfahrungen gewonnenen Perspektive, so wird deutlich, daß die Vereinigungs- und Isolierungsstrategie heute mit denselben Gegnern und mit denselben Verbündeten rechnet wie 1972. Wollte man eine übertrieben scharfe Parallele zur Innenpolitik der fünfziger Jahre ziehen, so entspräche der heutige "Sozialimperialismus" dem damaligen Großgrundbesitzertum, während der US-Imperialismus den "Reichen Bauern", die Länder der "Zweiten Welt" aber den Oberen Mittelbauern gleichkämen.

Hier wird deutlich, daß US-Imperialismus und Sozialimperialismus einander nicht ganz gleichgestellt, sondern daß dem letzteren die größere Gefährlichkeit zugeschrieben wird. Insofern ist das neue Drei-Welten-Modell immer noch nicht restlos befriedigend; denn zumindest innerhalb der "Ersten Welt" gibt es noch bedeutsame Abstufungen - wenn man den seit Monaten von China herausgegebenen Erklärungen Glauben schenken will.

Noch eine Anmerkung zum Begriff der Zweiten Welt: Hier taucht ein typisch ost-westliches Mißverständnis auf, besonders deutlich formuliert von Ernst-Otto Maitzke (23). Maitzke stößt sich an der pauschalisierenden Hypostasierung einer "Zweiten Welt", die sich im Kampf gegen die Supermächte wende. "Hat dieses Bild genügend Stütze in der gegenwärtigen oder einer künftigen Realität, um wenigstens als Argument zu dienen? Ist alles nur Kampf, und nimmt er zu? " Könnte man, mit anderen Worten, die Bundesrepublik und die DDR bereits jetzt in einen gemeinsamen Topf werfen, insofern beide nämlich in erster Linie danach strebten, von den Supermächten unabhängig zu werden? Könnte man ferner französische Gaullisten, die zornig über Amerika, und polnische Intellektuelle, die haß-

erfüllt über die Sowjetunion reden, bereits auf den Generalnenner des gemeinsamen Kampfes einer Zweiten Welt gegen die Erste Welt der Supermächte bringen? "Teng Hsiao-p'ing und die anderen chinesischen Führer, wer immer das auch gegenwärtig sei, sollten sich diese Zweite Welt selbst aus der Nähe ansehen, Maos Schrift über die Praxis ist die beste".

Es ist richtig, daß die "Zweite Welt" bei weitem nicht so eindeutig als potentieller Widerstandsfaktor gegen die "Erste Welt" bezeichnet werden kann, wie dies etwa bei der "Dritten Welt" der Fall ist! Gleichwohl sollte nicht übersehen werden, daß das chinesische Konzept nicht so sehr auf eine Analyse der gegenwärtigen Gegebenheiten hinauswill, sondern Optionen für einen "lange hingestreckten Kampf" schafft (Langfristigkeit der chinesischen Außenpolitik!). Wenn Peking seine altbewährte Strategie verwirklichen will, nämlich den eigentlichen Feind (d.s. die Länder der Ersten Welt!) "maximal zu isolieren", so muß es auch immer wieder nach solchen Kräften suchen, mit denen es sich "maximal vereinen" kann, wobei dieser Vereinigungsprozeß nicht etwa pauschal, sondern in den vielen Dutzend kleiner Fragen erfolgt, die täglich auftauchen und bei deren Erörterung den Supermächten immer wieder Fehler angekreidet werden können. Auf die Zweite Welt zu verzichten, hieße also, die "Vereinigungs- und Isolierungsstrategie" zum alten Eisen werfen.

Bei der Drei-Welten-Formel ging es also weniger um "reine" als vielmehr "praktische Vernunft", weniger um Analyse des gegenwärtigen Systems, sondern vielmehr um Schaffung praktikabler Kampfoptionen.

Dies will freilich nicht heißen, daß in dem Drei-Welten-Schema nicht auch ein Stück Analyse mitgeliefert wird: Es läßt sich eben nicht bezweifeln, daß zwischen der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satellitenstaaten sowie zwischen einigen Staaten Westeuropas (vor allem Frankreich!) und den USA "Widersprüche" bestehen, die nicht so ohne weiteres vom Tisch gewischt werden sollten, und deren Dimensionen, namentlich was die Verhältnisse im Ostblock anbelangt, im Laufe der Zeit eher wachsen als sich verringern dürften. Ob freilich je eine Möglichkeit auftauchen wird, all diese Selbständigkeitsregungen eines schönen Tages so zusammenzufügen, daß wirklich ein gegen die Supermächte ankämpfender gemeinsamer Block der Zweiten Welt entsteht, ist eine andere Frage. Darauf kommt es den Chinesen aber auch gar nicht an. Sie deuten lediglich auf die vorhandenen "Widersprüche" zu den Supermächten hin und sind gewillt, diese Widersprüche in den Dienst ihrer Feindschaft gegen die Erste Welt, vor allem aber ihrer anti-sowjetischen Ziele zu stellen.

1) Vgl. hierzu die "Afro-asiatische Solidaritätsbewegung", Dokumente Ostberlin, 1968, S.185.

2) Vgl. hierzu etwa die Dokumente in Europa-Archiv 1970 D, 476 und 475; ferner Europa-Archiv 1973 D, S.503 ff.

3) Europa-Archiv 1970 D, 470-480.

4) Europa-Archiv 1973 D, S.574-580.

5) Ebd., S.580-583.

6) Vgl. dazu den 3. Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU von 1963 mit dem Titel "Ist Jugoslawien ein sozialistisches Land?" in PRe 1963 Nr.39, S.40 ff.

7) Vgl. hierzu etwa PRe 1964 Nr.43, S.14 f.

8) PRu 1971 Nr.25, S.4.

- 9) JMJP, 14.9.71.
- 10) Zu den drei Neutralitätsbegriffen vgl. Raden Soerjono Wirjodiatmodjo: "Der Gedanke der Blockfreiheit in Südostasien, Geschichte und Deutung der Solidaritätskonferenz der Colombo-Staaten 1954-1961", Stuttgart 1964, S.124-129.
- 11) Näheres dazu Europa-Archiv 1970, D.S. 474-480, und Europa-Archiv 1973, S.574-580.
- 12) Rede abgedruckt in MD, allgemeiner Teil, 16. April 1974, S.1-6; PRu 1974 Nr.16, S.13-16.
- 13) Ebd.
- 14) Wie hoch China die Rohstoffkonferenz der Vereinten Nationen eingeschätzt hat, zeigte sich auch an dem "triumphalen" Empfang anlässlich der Rückkehr Teng Hsiao-p'ings in die Hauptstadt. Fast die gesamte chinesische Parteispitze war auf dem Pekinger Flughafen erschienen. "Unter dem betäubenden Lärm von Trommeln und Gongs begrüßten die Genossen der Delegation die Menge. Die Bevölkerung, die sich versammelt hatte, um ihre Glückwünsche zu übermitteln, winkte mit Blumen und bunten Bändern, sang und tanzte und begrüßte die Erfolge der Delegation bei der UN-Sondersitzung, die sie gemeinsam mit anderen Ländern der Dritten Welt im Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung und Plünderung und um eine Veränderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen erzielt hat" (NCNA, 19.4.74).
- 15) NCNA, 13.4.74.
- 16) PRu 1974 Nr.13, S.23.
- 17) Der sowjetische Außenminister Gromyko ging auf die Ausführungen Teng Hsiao-p'ings nicht direkt ein, obwohl ihn Polemik hätte aus einer etwas heiklen Situation befreien können. Als Staat, der er noch immer sozialistisch zu sein behauptet, konnte Gromyko die kapitalistischen Methoden unmöglich gut heißen. Andererseits konnte er auch nicht in den Kampftenor seines chinesischen Rivalen verfallen. So blieb ihm nur ein Mittelweg: : Bei aller Kritik an den bisherigen Methoden der kapitalistischen Staaten und der internationalen Monopole wollte er doch auf eine "sachliche" Diskussion" hinaus. Zur Lösung der Probleme unterentwickelter Länder holte er das schon einmal von den Chinesen aufs heftigste abgelehnte Konzept einer globalen Reduktion der Militärausgaben zugunsten von Entwicklungshilfeleistungen hervor (zur chinesischen Argumentation gegen diesen Plan vgl. C.a.1974/1-Ü 10).
- 18) JMJP, 9.4.74.
- 19) PRu 1974 Nr.15, S.13.
- 20) PRu 1974 Nr.15, S.31.
- 21) PRu 1974 Nr.15, S.8.
- 22) PRu 1974 Nr.15, S.13.
- 23) FAZ, 25.4.74.